Stand: 15.12.2025 21:04:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6005

"Hilfe für Menschen in seelischer Not: Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/6005 vom 26.03.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7266 des GP vom 25.06.2025
- 3. Beschluss des Plenums 19/7480 vom 10.07.2025
- 4. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

26.03.2025

Drucksache 19/6005

Antrag

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD

Hilfe für Menschen in seelischer Not: Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die drohenden Schließungen von sozialpsychiatrischen Diensten und anderen essenziellen psychosozialen Beratungsstellen in Unterfranken zu verhindern.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss über die Finanzierungsprobleme der sozialpsychiatrischen Dienste und ähnlicher Beratungsstellen berichten und dabei insbesondere die Rolle der Bezirke und die Trägerstrukturen beleuchten. Dabei soll auch geprüft werden, durch welche gezielten Unterstützungsmaßnahmen bestehende Finanzierungslücken nachhaltig geschlossen werden können.

Begründung:

Der drohende Wegfall der sozialpsychiatrischen Dienste sowie weiterer wichtiger psychosozialer Beratungsangebote, insbesondere in Würzburg und anderen Teilen Unterfrankens, stellt eine erhebliche Gefahr für die gesundheitliche und soziale Versorgung der Bevölkerung dar. Betroffen sind die drei Beratungsstellen des sozialpsychiatrischen Dienstes in Würzburg, Ochsenfurt und Kitzingen, die das Bayerische Rote Kreuz zum Jahresende schließen will, da die Zuschüsse vom Bezirk nicht ausreichen, um den Dienst aufrecht zu erhalten.

Sollten diese Beratungsstellen tatsächlich schließen, sind gravierende Folgen zu erwarten:

- Ohne niedrigschwellige Beratungsangebote werden Menschen in Krisensituationen vermehrt in Notaufnahmen oder psychiatrische Kliniken ausweichen, die ohnehin bereits an Kapazitätsgrenzen arbeiten.
- 2. Psychosoziale Beratungsstellen leisten präventive Arbeit. Ihr Wegfall könnte dazu führen, dass sich psychische Erkrankungen verschlimmern und Suizide zunehmen.
- 3. Viele der Ratsuchenden haben nicht nur psychische, sondern auch soziale Probleme (z. B. Wohnungslosigkeit, Schulden, familiäre Krisen). Ohne Beratung steigt das Risiko sozialer Isolation und wirtschaftlicher Notlagen.
- 4. Angehörige, die oft selbst stark belastet sind, müssen ohne professionelle Unterstützung schwerwiegende Krisen auffangen. Gleichzeitig geraten ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen an ihre Grenzen.

Die sieben bayerischen Bezirke tragen gemäß Art. 48 Abs. 3 der Bezirksordnung (BezO) die Verantwortung für die Sicherstellung der psychiatrischen Versorgung. Mit dem Inkrafttreten des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes (BayPsychKHG) im Jahr 2018 hat der Freistaat die sieben Bezirke zusätzlich damit beauftragt, Krisendienste zu errichten und zu betreiben. Der Freistaat Bayern steht in der Pflicht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Bezirke die psychiatrische Versorgung in Bayern sicherstellen können. Betrieben werden die sozialpsychiatrischen Dienste und ähnliche Beratungsstellen hauptsächlich von verschiedenen Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Die Vielfalt an Trägern, die oft auch andere Versorgungsangebote bereitstellen, erschwert einen klaren Überblick über die Situation der sozialpsychiatrischen Beratungsangebote und deren Finanzierung.

Da die sozialpsychiatrischen Dienste und andere Beratungsstellen essenzielle Präventionsarbeit leisten und damit zur Vermeidung schwerer Krankheitsverläufe beitragen, ist es gesellschaftspolitisch geboten, dass der Freistaat seiner Verantwortung gerecht wird und die Bezirke bzw. Träger nach Kräften unterstützt. Daher fordern wir die Staatsregierung auf, das Angebot der sozialpsychiatrischen Beratung in Unterfranken kurzfristig sicherzustellen und eine langfristige Lösung zur Absicherung der sozialpsychiatrischen Beratungsangebote in ganz Bayern zu erarbeiten.



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

25.06.2025

Drucksache 19/**7266**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD Drs. 19/6005

Hilfe für Menschen in seelischer Not: Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss über die Finanzierungsprobleme der sozialpsychiatrischen Dienste und ähnlicher Beratungsstellen zu berichten und dabei insbesondere die Rolle der Bezirke und die Trägerstrukturen zu beleuchten. Dabei soll auch auf Maßnahmen eingegangen werden, die die drohende Schließung von sozialpsychiatrischen Diensten und ähnlichen Beratungsstellen verhindern können. Ebenso soll darauf eingegangen werden, durch welche Unterstützungsmaßnahmen bestehende Finanzierungslücken geschlossen werden könnten."

Berichterstatterin: Ruth Waldmann Mitberichterstatter: Thomas Zöller

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am
 Mai 2025 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner
 Sitzung am 25. Juni 2025 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Bernhard Seidenath

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

10.07.2025 **Drucksache** 19/7480

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD

Drs. 19/6005, 19/7266

Hilfe für Menschen in seelischer Not: Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss über die Finanzierungsprobleme der sozialpsychiatrischen Dienste und ähnlicher Beratungsstellen zu berichten und dabei insbesondere die Rolle der Bezirke und die Trägerstrukturen zu beleuchten. Dabei soll auch auf Maßnahmen eingegangen werden, die die drohende Schließung von sozialpsychiatrischen Diensten und ähnlichen Beratungsstellen verhindern zu können. Ebenso soll darauf eingegangen werden, durch welche Unterstützungsmaßnahmen bestehende Finanzierungslücken geschlossen werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Protokollauszug 55. Plenum, 10.07.2025

Bayerischer Landtag – 19. Wahlperiode

Präsidentin IIse Aigner: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein

barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention end-

lich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende

Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des An-

trags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die

Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abge-

lehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hin-

sichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktio-

nen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit

übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

hed		

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen COM(2025) 180 final

BR-Drs. 217/25

Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern COM(2025) 10 final BR-Drs. 77/25

Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027 COM(2025) 62 final

BR-Drs. 132/25 Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025 01.04.2025 - 24.06.2025 Drs. 19/6343. 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1) 15.04.2025 - 08.07.2025 Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		A	ENTH	Z

Anträge

 Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern – UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
 Hilfe für Menschen in seelischer Not:
 Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!
 Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II: Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III: Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern, Bürokratie abbauen Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV: Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen Drs. 19/6509, 19/7253 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD) Umweltschäden verhindern: Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

> Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Erkundung und Bewertung von natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für die Zukunft des Naturschutzes: Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II: Anerkennung von Anti-Kollisionssysteme für Windenergieanlagen Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen! Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
 Förderung von Tempo 50
 Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD) Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
 Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD) Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden! Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD

Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung

für Kommunen schaffen Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen) Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen! Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
 EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Thomas Holz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z